



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 28.08.2013

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 11.07.2013, 15:05 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	bis 18.10 Uhr
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Lutz Tempel	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	bis 17.30 Uhr
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Frau Judith Wolter	pro Köln	bis 17.55 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Weisenstein
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP

Herr Gerrit Krupp	
Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion bis 18.10 Uhr
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln 15.25 Uhr bis 18.10 Uhr

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Uwe Broda	Amt für Wirtschaftsförderung
Herr Dr. Marcus Dekiert	Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud
Frau Monika Hallstein	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Maria Kröger	
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Bernd Pütz	Bauverwaltungsamt
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt

Schriftführerin:

Frau Marianne Michels	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
-----------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
--------------------------	-----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Möbius	CDU
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Vorsitzender Klipper eröffnet die 39. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Anschließend verliest er die Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung. Er kritisiert erneut, dass diverse Vorlagen nicht fristgerecht gestellt- bzw. als Tischvorlage eingereicht worden seien. Zudem bittet er um Erläuterung, warum die Vorlage zu TOP 5.5 –Neubau eines Demonstrations-, Untersuchungs- und Referenzareals des BAST- von der Verwaltung auf der Tagesordnung belassen wurde, obwohl die Bezirksvertretung Mülheim die Vorlage vertagt habe.

Herr Pütz (Bauverwaltungsamt) erläutert aus Sicht der Verwaltung die Notwendigkeit zur Behandlung der Vorlage in der heutigen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Es gehe darum, wichtige und wegweisende Technik für den Straßenbau zu entwickeln und im Sinne des Projektes und der Antragstellerin sei eine heutige Beschlussfassung erforderlich, da ansonsten Fördermittel verloren gingen.

Vorsitzender Klipper ist dennoch der Auffassung, dass die Bezirksvertretung nicht übergangen werden sollte. Ferner macht er Fristeneinrede geltend zu TOP 6.1 - Kooperatives Baulandmodell- und TOP 6.2 –ICE-Terminal Messe-. Bei letztgenannter Vorlage sei er aber bereit, die Vorlage ohne Wiedervorlageverzicht auf den Weg zu geben.

RM Moritz spricht sich dafür aus, auch die Vorlage zu TOP 6.1 heute auf den Weg zu geben, also ohne Wiedervorlageverzicht zu verweisen, denn es sei allgemein bekannt, welcher Druck auf dem Wohnungsmarkt herrsche. Und bis zur endgültigen Beschlussfassung im Oktober habe man noch genügend Zeit, sich detailliert mit der Vorlage auseinanderzusetzen.

Vorsitzender Klipper lehnt dies vehement ab. Die Thematik werde bereits seit vielen Jahren diskutiert und nun wolle er zumindest die Gelegenheit haben, die Vorlage in seinem Arbeitskreis besprechen zu können. Der Zeitplan könne seines Erachtens dennoch eingehalten werden, ggf. mit Terminierung einer Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Beigeordneter Höing zieht von Seiten der Verwaltung den TOP 10.3 –Von-Quadt-Straße- zurück, weil die Vorlage hinsichtlich der Höhenentwicklung korrigiert werden müsse.

RM Sterck macht Beratungsbedarf zu TOP 5.2 -Bilanz und Priorisierung der Maßnahmen zum Städtebaulichen Masterplan-, 13.6 –Antoniusstraße- sowie 17.1 – Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des StEA`s- geltend. Ferner schlägt er vor, wegen des bestehenden Sachzusammenhangs, die Mitteilung der Verwaltung zu TOP 1.2 –Am Botanischen Garten- gemeinsam mit der Beschlussvorlage zu TOP 10.7 – Nievenheimer Straße- zu behandeln.

RM Moritz bittet darum, den TOP 10.1 –Alarichstraße- am Ende der Sitzung zu behandeln, weil zunächst noch das Votum der ebenfalls heute tagenden Bezirksvertretung Innenstadt einzuholen sei.

Vorsitzender Klipper schlägt ferner vor, die Vorlagen zu TOP 9.1 –Wiersbergstraße- und TOP 12.2 –Willi-Lauf-Allee- wegen des großen öffentlichen Interesses vorzuziehen. Auf Nachfrage stellt er fest, dass die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden sind. Demnach ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Bebauung des ehemaligen Kinderheimes Sülz
hier: Mündliche Anfrage des SE Götz aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.04.2013, TOP 18.1
1815/2013
- 1.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes - Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl
Beantwortung der Anfrage des RM Sterck aus der 28. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 11.06.2012 betreffend TOP 10.2 - 0052/2012
2091/2013
- 1.3 Geplanter Kreisverkehr Kieskauler Weg/Kratzweg in Köln-Merheim
Beantwortung der mündlichen Anfrage des SE Krupp aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 13.06.2013, TOP 18.1
2247/2013

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu passiven Schallschutzmaßnahmen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.07.2013
AN/0935/2013

3 Anträge

- 3.1 Kein Justizzentrum auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2013
AN/0706/2013

und

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.07.2013
AN/0948/2013

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Planungsbeschluss zur Umgestaltung des Chlodwigplatzes in Köln-Altstadt/Süd
1224/2012

5.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;
hier: Bilanz und Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung
4634/2012

zurückgestellt

5.3 Nachnutzung des ehemaligen Geländes der Firma PSA/Citroën in Köln-Porz-Westhoven
0532/2013

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2013
AN/0956/2013

5.4 Interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes Teilraum Nord (REK-Nord);
hier: Verfahrensdefinition und Bedarfsfeststellung
0687/2013

5.5 Neubau eines Demonstrations-, Untersuchungs- und Referenzareals der Bundesanstalt für Straßenbau (BASt) im Autobahnkreuz Köln-Ost
1889/2013

zurückgestellt

5.6 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
hier: Durchführung eines Realisierungswettbewerbs
2025/2013

5.7 Interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes Teilraum Nord (REK-Nord);
hier: Konzeptbausteine und Vorgaben der Aufgabenstellung
2171/2013

- 5.8 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung)
2328/2013

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

- 6.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
4325/2012

zurückgestellt

- 6.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68459/02
Arbeitstitel: 2. Änderung "ICE-Terminal Messe" in Köln-Deutz
2008/2013

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Wiersbergstraße in Köln-Kalk"
Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1659/2013
- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept (VEP) "Braunsfelder Markt in Köln-Braunsfeld";
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
2000/2013

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes 69445/02
Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz
1527/2013

10.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
1532/2013

10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02
Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück
1571/2013

zurückgestellt

10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02
Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz
1623/2013

endgültig zurückgezogen

10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Am Gleisdreieck in Köln-Ehrenfeld
1819/2013

10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
1822/2013

10.7 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 65479/04
Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen
1844/2013

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02
Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz
1204/2013

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04
Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf
1349/2013

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05
Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf
1456/2013

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 72439/06, 1. Änderung
Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung
4564/2012

13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) Infocenter/KITA 5. Änderung
1429/2013

endgültig zurückgezogen

13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die 6. Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark in Köln-Ossendorf/Mischgebiet südlich IKEA
1721/2013

13.4 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02
Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven
1778/2013

13.5 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof
1806/2013

13.6 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nummer 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 1. Änderung
2224/2013

zurückgestellt

- 13.7 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 63459/05
Arbeitstitel: Melatengürtel/Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld, 2. Änderung
Brücke Weinsbergstraße
2363/2013

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1 Beschluss BV Chorweiler - Umfrage "Image des Stadtbezirks Chorweiler"
1315/2013

- 16.2 Beschluss BV Porz - Aufstellung eines Bebauungsplanes Porz-City
2256/2013

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11.07.2013
AN/0957/2013

17 Mitteilungen

- 17.1 Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses
1780/2013

zurückgestellt

- 17.2 Maßnahmen für die Kunst im öffentlichen Raum
1983/2013

- 17.3 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2012
2180/2013

- 17.4 Belegrechtsvertrag mit der GAG - Wohnungsversorgung von benachteiligten Haushalten
2150/2013

- 17.5 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung
Erste Ergebnisse
2305/2013

- 17.6 Vierte Sitzung des Logistikforums Köln
2292/2013

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

I. Öffentlicher Teil

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 28.05.2013
2335/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

25 Sonstige Vorlagen

26 Mitteilungen

26.1 Erbbaurechtsgrundstück Cäcilienstr. 32 in Köln-Altstadt-Süd
2336/2013

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Bebauung des ehemaligen Kinderheimes Sülz hier: Mündliche Anfrage des SE Götz aus der Sitzung des Stadtentwick- lungsausschusses vom 25.04.2013, TOP 18.1 1815/2013

SE Götz äußert völliges Unverständnis zur Aussage der Verwaltung im zweiten Absatz der Beantwortung, wonach die Durchführung eines Vergabeverfahrens in der Regel 8 Monate in Anspruch nehme. Die Verfahren müssten seiner Ansicht nach deutlich gestrafft werden.

1.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes - Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl Beantwortung der Anfrage des RM Sterck aus der 28. Sitzung des Stadt- entwicklungsausschusses vom 11.06.2012 betreffend TOP 10.2 - 0052/2012 2091/2013

Die Antwort der Verwaltung wird wegen des Sachzusammenhangs unter TOP 10.7 – Nievenheimer Straße- behandelt.

1.3 Geplanter Kreisverkehr Kieskauler Weg/Kratzweg in Köln-Merheim Beantwortung der mündlichen Anfrage des SE Krupp aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 13.06.2013, TOP 18.1 2247/2013

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu passiven Schallschutzmaß- nahmen AN/0935/2013

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge

3.1 Kein Justizzentrum auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2013 AN/0706/2013

und

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.07.2013 AN/0948/2013

Vorsitzender Klipper begründet den Antrag. Der Bau eines Justizzentrums auf dem ehemaligen Gelände der Dombrauerei widerspreche den hier aufgestellten städtebaulichen Zielen, einschließlich dem einvernehmlichen Beschluss auf Durchführung einer Bundesgartenschau und der Grünzugverlängerung. Ferner passe der Baukörper schon aufgrund seiner Dimensionierung nicht an diesen Standort. Er appelliere an die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschuss, diesem Antrag zuzustimmen. Ansonsten werde man sich ein großes städtebauliches Potential für die Zukunft verbauen.

SE Frenzel merkt an, grundsätzlich bestehe Einigkeit bei den stadtentwicklungspolitisch definierten Zielen. Allerdings würde er aber grundsätzlich eine Verlagerung des Justizzentrums von der Luxemburger Straße begrüßen. Voraussetzung für eine Verlagerung auf das in Rede stehende Gelände müsse jedoch sein, dass es sich in die Umgebung einfüge und der Grünzug in seiner vollen Breite erhalten bleibe. Vieles sei derzeit noch ungeklärt, weswegen er dafür plädiere, das Votum über diesen Antrag vorerst auszusetzen.

RM Moritz geht ebenfalls auf die formulierten städtebaulichen Ziele ein. Ein wichtiges Ziel sei dabei die Verlängerung des Grünzuges in Richtung Süden. Fehlspekulationen Einzelner dürften in der Stadtentwicklung keine Rolle spielen. Anspruch müsse sein, das Areal einer guten und zukunftsorientierten Bebauung zuzuführen. Dabei spreche sie sich für ein gemischtes Quartier und keinen Bürostandort aus. Dennoch lege sie auch Wert darauf, Köln als Justizstandort zu erhalten. Sofern eine Sanierung am jetzigen Standort nicht möglich sei, müsse ein Alternativstandort gefunden werden. Hier von gebe es zwar wenige, jedoch gebe es sie und die Entscheidung über den Standort möge bis zu einer abschließenden Prüfung zurückgestellt werden. Dies auch deswegen, um die Grundstückspreise nicht in die Höhe zu treiben. Daher schließe sie sich dem Vorschlag des Herrn Frenzel an, den Antrag zu vertagen.

RM Sterck erinnert daran, dass die hier kritisierten Handlungen der früheren Landesregierung erst dazu geführt hätten, dass nunmehr über das Areal verfügt werden könne. Anschließend begründet er seinen eingebrachten Änderungsantrag. Kern dessen Inhaltes sei, dass es derzeit zu viele unbestimmte Faktoren gebe, um den Sachverhalt angemessen beurteilen zu können. Zudem seien stichhaltige Argumente und Alternativplanungen erforderlich, bevor man sich gegen das Vorhaben ausspreche. In der Zwischenzeit, also bis zur Erstellung des Massenmodells, mögen die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses ihren Einfluss bei der Landesregierung nutzen.

RM Henseler kann nicht nachvollziehen, warum bei Gebäuden, die knapp 40 Jahre alt sind, von vornherein davon ausgegangen werde, dass eine Sanierung nicht möglich sei. Dieser Nachweis müsse doch erst erbracht werden, bevor über einen Alternativstandort nachgedacht werde. Er empfiehlt daher, den Antrag der CDU zu unterstützen. Eine solche Resolution würde ein deutliches Zeichen setzen, dass der Stadtentwicklungsausschuss nicht bereit sei, eine Kontaminierung des Städtebaulichen Masterplans Innenstadt hinzunehmen.

SE Müller begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion, welchen er inhaltlich gleichlautend schon zu einer früheren Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses eingebracht habe. Die Verwaltung müsse dazu gedrängt werden, Position zu beziehen.

RM Moritz nimmt zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion Stellung; dieser komme ihrer Ansicht nach erst dann zum tragen, wenn die Landesregierung sich klar zum Standort geäußert habe. Sie gehe aber immer noch davon aus, dass es eine realistische Alternative gebe. Bevor über die Fertigung eines Massenmodells nachgedacht werde, müsse erst die BGF geklärt sein, denn soviel sie wisse, würde ein Neubau in „effizienterer“ Weise, also kleiner, errichtet werden. Und zudem sei es Aufgabe des Landes, die entsprechende Studie in Auftrag zu geben. Dies dürfe nicht zu Lasten des städtischen Haushalts gehen. Wegen der zahlreichen Unklarheiten plädiere sie noch einmal dafür, den Antrag der CDU-Fraktion bis in den Herbst zu vertagen.

Vorsitzender Klipper wirbt weiter für seinen Änderungsantrag und beschreibt die gemeinsam formulierten stadtentwicklungspolitischen Ziele. Die sich jetzt bietende Chance, den Grünstreifen bis zum Rhein fortzuführen, müsse ergriffen werden. Aufgrund des Vertagungswunsches einiger Vorredner sei er aber bereit, den Antrag zurückzustellen.

SE Frenzel betont in Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Henseler, dass dieser Ausschuss durchaus bereits Position bezogen habe. Es gebe eine klare Beschlusslage in Bezug auf den städtebaulichen Masterplan Innenstadt und zur Sanierungssatzung. Ferner gebe es eindeutige Aussagen zur Maßstäblichkeit und zum Ausbau des Grüngürtels.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Vorsitzender Klipper über den Vertagungsantrag des Antrages der CDU-Fraktion und des Änderungsantrages der FDP-Fraktion abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Planungsbeschluss zur Umgestaltung des Chlodwigplatzes in Köln-Altstadt/Süd 1224/2012

RM Moritz verweist auf eine Exkursion nach Basel und der dort aufgefundenen Pflaster, beziehungsweise deren Verlegung. Dort habe sie verschiedene Arten von verbundener Verlegung kennengelernt. Für den Chlodwigplatz müsse für die Oberflächengestaltung in jedem Fall eine stabile Verlegart gewählt werden, welche den Ansprüchen an die Reinigung und an die Beanspruchung gerecht werde. Sie plädiere dabei für eine gebundene, eventuell mittlere gebundene –also mit mehr Sandanteil- Verlegart.

Vorsitzender Klipper schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an. Als Negativbeispiel nenne er die Salzgasse. Die Kehrmaschinen seien nicht in der Lage, den Unrat aus den Fugen zu entfernen, sondern würden diese sogar noch vertiefen. Er hoffe, dass der Zustand in der Salzgasse –wie versprochen- in naher Zukunft verbessert werde.

RM Sterck ist ebenfalls für eine gebundene Ausführung, welche er im Übrigen auch schon damals für die Altstadt bevorzugt habe, ohne die entsprechende Mehrheit zu erhalten. Insofern sei er damit einverstanden, die Alternative mit der Maßgabe einer besseren Bindung zu beschließen.

Vorsitzender Klipper lässt in diesem Sinne abstimmen:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

Alternative: (mit Ergänzung)

Der Verkehrsausschuss beschließt

1. die Gestaltungsplanung gemäß Anlage 2 **mit der Maßgabe einer optimierten gebundenen Verlegart** und beauftragt die Verwaltung, auf Basis der von der Verwaltung erstellten Entwurfsplanung die Ausführungsplanung (Leistungsbild 3 bis 6) zu erstellen. Im Rahmen der Ausführungsplanung soll eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden;
2. im Rahmen der Umgestaltung die Verlegung der Bushaltestellen vom Chlodwigplatz bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn. Die Verlegung erfolgt für die Fahrtrichtung nach Süden an eine provisorisch einzurichtende Bushaltestelle nördlich der Severintorburg "Im Ferkulum", gegenüber der Hausnummern 4 bis 8.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;
hier: Bilanz und Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung
4634/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**5.3 Nachnutzung des ehemaligen Geländes der Firma PSA/Citroën in Köln-
Porz-Westhoven
0532/2013
und**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 11.07.2013
AN/0956/2013**

SE Frenzel begründet den gemeinsamen Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Auf Nachfrage des SE Götz erläutert Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) die Notwendigkeit für eine weitere zweispurige Erschließungsstraße.

Herr Broda (Amt für Wirtschaftsförderung) berichtet ergänzend über die Einzelheiten zu den Planungen des Investors.

Vorsitzender Klipper stellt die um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss: *(gem. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, an der bisherigen gewerblichen Nutzung des Areals festzuhalten. Hierfür soll die Verwaltung zunächst gemeinsam mit dem Eigentümer zur Sicherung der Erschließung einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan erarbeiten und die abgestimmte gewerbliche Nutzung (kein Einzelhandel, keine Vergnügungsstätten) über einen städtebaulichen Vertrag fixieren. Zur geordneten städtebaulichen Entwicklung des Areals wird die Verwaltung einen Bebauungsplan aufstellen. **Für die im Süden des Plangebietes liegende Teilfläche (Oberstraße Ecke André-Citroen-Straße, s. schraffierte Fläche unten stehenden Planauszug) ist Wohnnutzung zu ermöglichen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes Teilraum Nord (REK-Nord);
hier: Verfahrensdefinition und Bedarfsfeststellung
0687/2013**

SE Frenzel bittet um Übernahme der Beschlussempfehlung aus der Bezirksvertretung Mülheim, damit sichergestellt werde, dass der Bezirksbürgermeister Fuchs im Beratungs- und Begleitgremium vertreten ist.

RM Detjen sieht die Gefahr, dass der Hochwasserschutz zu wenig beachtet werde und ist der Ansicht, dass mit dieser Thematik sensibler umgegangen werden müsse. Ferner vermisse er in Anlage 1, Nr. 2 der Vorlage einen Vertreter des Landes. Er wisse, dass die Planung von dort insbesondere wegen der Hochwasserproblematik sehr kritisch gesehen werde. Abschließend wolle er in Bezug auf die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes dem Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, den Beschlusstext dahingehend zu ändern, als dass folgender Passus aufgenommen werde „vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch die Bezirksregierung“.

RM Henseler möchte wissen, ob beabsichtigt sei, Vertreter der Bürgerinitiative in das Werkstattverfahren einzubeziehen.

Beigeordneter Höing stellt deutlich heraus, dass das Thema Hochwasserschutz eine zentrale Aufgabe für die Planungsteams darstelle. Zur Frage des Herrn Henseler erläutert er weiter, dass es sich um ein offenes Verfahren handle mit vielen Zwischenterminen, wie Kolloquien etc. Zu diesen Veranstaltungen seien alle Interessierten eingeladen.

SE Dr. Soënius bittet darum, für die Veranstaltungen öffentlich zu werben, damit auch in der Tat alle Betroffenen zu Wort kommen könnten.

Vorsitzender Klipper schließt sich dieser Bitte an. Auch er halte es für immens wichtig, die Bürger frühzeitig am Verfahren zu beteiligen. Anschließend stellt er die Beschlussempfehlung aus der Bezirksvertretung Mülheim zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss: *(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Mülheim)*

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, im Rahmen der Umsetzung des "Städtebaulichen Masterplans Innenstadt" ein interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des REK-Nord entsprechend dem vorgestellten Prozessvorschlag (siehe Anlage 1);
2. beschließt die Eckdaten der Aufgabenstellung für das interdisziplinäre, dialogische Werkstattverfahren (siehe Anlage 1);
3. beschließt, als Städtebauer, die die Planungsteams leiten, folgende Büros mit der Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer

Süden inklusive Hafen im Rahmen eines dialogischen Werkstattverfahrens zu beauftragen:

- Professor Johannes Kister
kister scheithauer gross architekten und stadtplaner GmbH, Köln,
- Peter Wilson
BOLLES + Wilson GmbH, Münster.

Diese Büros müssen sich zur Bearbeitung jeweils mit einem Landschaftsarchitekten und einem Verkehrsplaner zu interdisziplinären Teams finden;

4. beschließt, die Moderation des verfahrensbegleitenden Dialogs mit der Öffentlichkeit an ein fachkundiges, leistungsfähiges Moderationsbüro mit einschlägigen Erfahrungen in entsprechenden Prozessen gemäß städtischer Vergaberichtlinie zu vergeben;
5. beschließt, als Beratungs- und Begleitgremium des Werkstattverfahrens die bestehende Lenkungsgruppe "Städtebaulicher Masterplan Innenstadt" einzusetzen. Diese wird durch folgende externe Experten ergänzt:
 - Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter, Hamburg,
Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg
Experte "Prozessgestaltung/-steuerung Neustrukturierungen, kommunale Perspektive",
 - Dipl.-Ing. Fritz Schumacher, Basel
Kantonsbaumeister Kanton Basel-Stadt, Schweiz
internationaler Experte "Neustrukturierung Häfen"
6. stellt den Bedarf für die Durchführung des interdisziplinären, dialogischen Werkstattverfahrens zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption des Mülheimer Südens inklusive Hafen fest.
Der Aufwand für das Verfahren wird auf rund 200.000 € netto (circa 250.000 € brutto) geschätzt. Die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 im Teilergebnisplan 0901-Stadtplanung, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, unter der Finanzposition 6100.572.9900.6 berücksichtigt.
Das Verfahren kann bereits vor Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2013/2014 starten.

II. Wahlen:

Davon ausgehend, dass Herr Bezirksbürgermeister Fuchs gesetztes Mitglied im Beratungs- und Begleitgremium ist, wählt die Bezirksvertretung Mülheim aus ihren Reihen vier Mitglieder des Beratungs- und Begleitgremiums:

1. Herr Lünenbach
2. Herr Dr. Portz
3. Herr Seldschopf
4. Frau Dr. Albach

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 Neubau eines Demonstrations-, Untersuchungs- und Referenzareals der Bundesanstalt für Straßenbau (BASt) im Autobahnkreuz Köln-Ost 1889/2013

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

5.6 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud hier: Durchführung eines Realisierungswettbewerbs 2025/2013

Vorsitzender Klipper weist einleitend darauf hin, dass der Ausschuss Kunst und Kultur erst in ihrer morgigen Sitzung über die Vorlage beraten werde, so dass der Stadtentwicklungsausschuss heute einen Vorbehaltsbeschluss fassen sollte.

RM Moritz kritisiert zunächst, dass den Unterlagen kein Raumprogramm beigelegt worden sei. Ferner könne sie die Angaben zu den Raumquadratmetern nicht nachvollziehen. Es heiße, die Nettoquadratmeter betragen 1.500 und die Bruttogeschossfläche (BGF) 2.200. Letzterer Wert erscheine ihr viel zu hoch, es sei denn, hierin seien auch noch Funktionsräume oder dergleichen eingeschlossen. Dann aber sei die Bezeichnung falsch. Noch mehr wundere sie aber die Aussage, die Fläche für die Museumsnutzung betrage 2.200 BGF und die Gesamtfläche 4.200 BGF. Diese Werte könnten wegen ihrer Relation nicht stimmen und sie bittet bis zur morgigen Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur um Korrektur.

Beigeordneter Höing gibt Frau Moritz recht. Die Gesamtfläche müsse etwa 6.000 BGF betragen und sagt eine korrigierte Aufarbeitung zur Sitzung des Kulturausschusses zu.

RM Moritz bittet darum, auch die voraussichtlichen Kosten pro Quadratmeter Museumsnutzung und übrige Nutzung anzugeben.

RM Detjen fragt an, ob es zutrefte, dass die Ausschreibung schon veröffentlicht worden sei.

Beigeordneter Höing verneint dies. Das Verfahren sei lediglich bekannt gemacht worden.

Herr Dr. Dekiert (Museumsleiter) führt aus, es würden 1000 qm Ausstellungsflächen im Untergeschoss sowie ca. 500 qm für Funktionsräume benötigt.

SE Frenzel geht auf den Beschluss zur letzten Sitzung des Kulturausschusses ein. Bereits zu dieser Sitzung sei eine transparente Darstellung der Kosten gefordert worden. Er erwarte, dass zumindest zur morgigen Sitzung des Kulturausschusses die gewünschten Daten vorliegen.

RM Henseler ergänzt, dass darin alle betroffenen Kostengruppen und nicht nur die Kostengruppen 300 und 400 aufgeführt werden sollen.

RM Sterck bittet um Fertigung einer Alternativplanung unter Berücksichtigung des Gebäudes Martinstraße 32, auch wenn sich dieses Grundstück in Privatbesitz befinde. Er könne sich durchaus vorstellen, dass hier noch eine Einigung hinsichtlich des Kaufpreises erzielt werden könne. Denn bei einer derartigen Investition müssten die Kosten für die Schutzmaßnahmen des Gebäudes während der Bauzeit in Abzug gebracht werden, so dass die Differenz bei den Preisvorstellungen möglicherweise gar

nicht mehr so groß sei. In jedem Falle aber sollte diese Alternative mit in den Wettbewerb gegeben werden.

Vorsitzender Klipper bemerkt, den Auftrag zum Ankauf des in Rede stehenden Grundstücks habe die Verwaltung bereits im Jahr 2002 erhalten.

RM Dr. Bürgermeister appelliert auch noch mal an die Verwaltung, zur morgigen Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur detaillierte und schriftliche Aussagen zu den Gesamtkosten und den anteiligen Kosten für die Museumsnutzung zu liefern.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper den Vorbehaltsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss: *(vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung im Ausschuss Kunst und Kultur)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Durchführung eines europaweiten Architektenwettbewerbs (Realisierungswettbewerb) für die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud auf dem Grundstück Martinstraße 34 – 42 entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Auslobungstext.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

**5.7 Interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes Teilraum Nord (REK-Nord);
hier: Konzeptbausteine und Vorgaben der Aufgabenstellung
2171/2013**

RM Moritz fragt in Zusammenhang mit der Verkehrsproblematik an, was aus den damaligen Planungen zur Schaffung einer Schienenverbindung geworden sei. Sollten diese aufgegeben worden sein, so möge man zumindest prüfen, ob Busspuren mit Vorlauf und einer engen Taktung in Richtung Wiener Platz eingerichtet werden könnten.

Beigeordneter Höing erläutert, hierzu gebe es noch keine abschließende Entscheidung. Die Verkehrssituation werde derzeit untersucht. Zudem sei die verkehrliche Situation Gegenstand des Verfahrens. Die Planer hätten sich dann mit den jeweiligen Gutachten auseinanderzusetzen.

SE Dr. Soènius legt auf die Lösung der Verkehrssituation einen Schwerpunkt, insbesondere im Bereich der Messe. Bezüglich der Anlage 31 äußert er seinen Dank, dass die Bezeichnung „Quartier Zabol“ herausgenommen wurde. Aber auch die jetzige Bezeichnung, nämlich „Quartier Maybach“ halte er für unpassend. Stattdessen mögen die Quartiere nach Personen benannt werden, die maßgeblich daran beteiligt waren, dass Nikolaus August Otto sich in Köln angesiedelt habe, wie beispielsweise Anna Gossi.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Konzeptbausteine und Vorgaben der Aufgabenstellung für das interdisziplinäre, dialogische Werkstattverfahren Mülheimer Süden inklusive Hafen zur Kenntnis und beschließt diese als Grundlage für das Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.8 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung)
2328/2013**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss stellt den Bedarf für die Durchführung des kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) für das Heliosgelände fest.

Die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Mittel (circa 96.000 € netto) stehen im Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/2014 im Teilergebnisplan 0901 - Stadtplanung in der Teilplanzelle 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen unter der Finanzposition 6100.572.9900.6 bereit.

Das Verfahren kann bereits vor Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2013/2014 starten. Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
4325/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**6.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68459/02
Arbeitstitel: 2. Änderung "ICE-Terminal Messe" in Köln-Deutz
2008/2013**

Vorsitzender Klipper erinnert an die Vereinbarung zu Beginn der Sitzung, die Vorlage heute ohne Wiedervorlageverzicht und ohne konkrete Anregungen in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, weil sie erst heute als Tischvorlage in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht worden sei.

RM Moritz führt aus, Vertreter der Messe hätten in Gesprächen diverse Belange geltend gemacht und sie fragt die Verwaltung, ob ihrer Einschätzung richtig sei, dass diese nicht im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sondern in einem separaten Vertrag aufzunehmen seien.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, unter Punkt 11 der Anlage 7 seien die Einwendungen der Messe aufgeführt und abgewogen. Ferner sei dort erklärt, welche Dinge über Erschließungsverträge zu regeln sind. Zu einer Abwägung wolle sie aber noch eine mündliche Präzisierung vortragen, und zwar auf Seite 15, 2. Absatz; dieser müsse wie folgt ergänzt werden:

„Die Sperrungen der öffentlichen Straßen (...) sind grundsätzlich nicht vorzusehen. Die Abwicklung der Besucherströme muss über die vorhandenen Zugänge erfolgen. Falls dies nicht möglich ist, kann unter **Berücksichtigung anderweitiger Erschließungsmöglichkeiten, wie z.B. zu der Logistikzone und der Messe-Halle 11**, unter vorher festgelegten Voraussetzungen eine Einzelfallgenehmigung beantragt werden. Dabei sind Einschränkungen nur temporär hinnehmbar.“

SE Dr. Soènius kritisiert erneut, dass seines Erachtens zu wenig auf das Thema „Taxiverkehr“ eingegangen werde. Er wiederholt seine Anregung auf Einrichtung einer separaten „Taxispur“. Zudem bittet er die Verwaltung um eine präzisere Zeichnung und um nähere Informationen zu dieser Thematik.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt und den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Wiersbergstraße in Köln-Kalk" Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 1659/2013

RM Detjen führt einleitend aus, bei der zur Beratung vorliegenden Vorlage gehe es unter anderem darum, ob die ehemalige KHD-Kantine in ihrem Bestand erhalten werden könne. In der Bürgerbeteiligung sei der Vorschlag unterbreitet worden, nur den südlichen Teil der Kantine abzureißen um hier eine Verbindung zu der vorhandenen Grünfläche herstellen zu können. Damit könne der Rest der ehemaligen KHD-Kantine erhalten werden. Er halte dies für einen vernünftigen und konstruktiven Vorschlag und appelliere an die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschuss, diesem zu folgen.

RM Moritz bedauert generell, dass Fragen zur Existenz eines Autonomen Zentrums mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes verknüpft würden. Es habe Einvernehmen bestanden, dass sollte keine endgültige Nutzungserlaubnis für die ehemalige KHD-Kantine erteilt werden können, ein Alternativstandort für das Autonome Zentrum gefunden werden müsse. Hierzu stehe sie auch heute noch. Auch habe sie sich vorstellen können, dies am jetzigen Standort in verringerter Größe zu verwirklichen. Hierzu habe es aber nicht die nötige Mehrheit gegeben. Auch wenn sie die Entwicklung der letzten Wochen bedauere, hoffe sie weiterhin darauf, im Wege von Verhandlungen zu einer alternativen Lösung zu gelangen. Ferner wolle sie noch darauf hinweisen, dass der Stadtteil Kalk 16 ha Defizit an Grünflächen habe, weswegen sie den Bebauungsplan selbst begrüße.

Vorsitzender Klipper erinnert daran, dass der Beschluss zur Räumung des Autonomen Zentrums zum 30.06.13 bereits vor einem Jahr im Hauptausschuss gefasst worden sei. Und weil die Erweiterung des Schulstandortes dringend benötigt werde, spreche er sich gegen weitere zeitliche Verzögerungen aus. Die CDU werde daher der Vorlage uneingeschränkt zustimmen. Da keine weitere Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Wiersbergstraße in Köln-Kalk" einen Bebauungsplan-Entwurf unter teilweiser Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 07.12.2011 gemäß den Anlagen 2 bis 5 auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 Städtebauliches Planungskonzept (VEP) "Braunsfelder Markt in Köln-Braunsfeld";
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
2000/2013**

Vorsitzender Klipper macht auf das im Sitzungssaal befindliche Modell aufmerksam, welches auf seinem Wunsch hin hier aufgebaut worden sei. Seiner Ansicht nach seien nämlich die Planunterlagen in der Vorlage wenig aussagekräftig und anhand des Modells könne man sich einen Eindruck über die Höhenentwicklungen und die städtebauliche Einordnung verschaffen.

RM Henseler regt an, auf den geplanten neu zu schaffenden Fuß- und Radweg zu verzichten, weil dieser auch in der Bürgerschaft äußerst umstritten sei und ein solcher bereits in der Peter-von-Fliesteden-Straße existiere. Dieser müsse lediglich ertüchtigt werden.

RM Sterck bittet um Erläuterung, warum das Bahngelände zweispurig eingehaust werde, aber die Einfahrt hierzu nur einspurig verlaufe. Dies mache seines Erachtens keinen Sinn.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter des Stadtplanungsamtes) sagt eine Klärung zu.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für das Plangebiet "Braunsfelder Markt in Köln-Braunsfeld" einen Bebauungsplan-Entwurf entsprechend des Beschlusses der Bezirksvertretung Lindenthal (Variante "Clarenbachplatz") auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes 69445/02
Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz
1527/2013

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 69445/02 –Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz– nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
1532/2013

SE Frenzel berichtet über den geänderten Beschluss aus der Bezirksvertretung Mülheim.

RM Moritz ist der Ansicht, neben Angeboten für ältere Menschen, bedürfe es ebenso auch ausreichende Angebote für familiengerechtes Wohnen. Im Übrigen möchte sie wissen, was unter dem Begriff „altersgerechtes Wohnen“ überhaupt zu verstehen sei.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, die Festsetzungen des Bebauungsplanes zielten auf Einfamilienhausstrukturen ab. Natürlich könnten diese auch barrierefrei errichtet werden, allerdings sei kein „Altenheim“ im klassischen Sinne vorgesehen. Das Angebot richte sich im Wesentlichen an Familien. Auch die Forderung der Bezirksvertretung nach einer weiteren verkehrlichen Erschließung lasse sich nicht umsetzen, weil dann ein Abriss bestehender Wohngebäude erforderlich würde um eine ausreichende Dimensionierung der Verkehrsflächen erzielen zu können. Insofern bittet sie die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage in Form des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 für das Gebiet Kaspar-Düppes-Straße, KVB-Trasse, Auf dem Pützacker, östliche Grenze der Kölner Baumwollbleicherei, Kochwiesenstraße, Colonia-Allee, Ferdinand-Stücker-Straße und Schweinheimer Straße in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als

Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02
Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück
1571/2013**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02
Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz
1623/2013**

Die Vorlage wurde wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts endgültig zurückgezogen.

**10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Am Gleisdreieck in Köln-Ehrenfeld
1819/2013**

Vorsitzender Klipper hat Fragen zur Nutzung, weswegen er die Vorlage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch einmal aufrufen werde. Dies sei aber unabhängig von dem Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes, so dass er die Vorlage gleich zur Abstimmung stellen werde.

RM Moritz befürchtet wegen der gemachten Andeutungen, dass die von ihr ausdrücklich gewollte Festsetzung einer „Mischnutzung“ zur Disposition gestellt werde und macht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf geltend.

Auf Nachfrage stellt Vorsitzender Klipper fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss mit einer Vertagung der Vorlage einverstanden ist.

**10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
1822/2013**

Vorsitzender Klipper lehnt für die CDU-Fraktion die Verwaltungsvorlage ab. Er betrachte den Standort für ungeeignet. Innerstädtische Flächen seien zu knapp und wertvoll für die Ansiedlung eines Logistikunternehmens. Zudem sei die zusätzliche

verkehrliche Belastung in dem Stadtteil nicht mehr zu verkraften. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Internethandel wachse, seien zukunftsorientierte Lösungen angezeigt. Unternehmen wie DHL gehörten seiner Ansicht nach in die Nähe von Autobahnen. Er plädiere für ein zukunftsweisendes Logistikkonzept.

RM Moritz hätte eigentlich der Vorlage zugestimmt und gehofft, dass der Verkehrsausschuss eine entsprechende verkehrliche Lösung anbiete. Doch die Argumente des Herrn Klipper seien nicht von der Hand zu weisen. Soviel sie wisse, sei ein Logistikunternehmen bereits in dem in Rede stehenden Gebiet angesiedelt. Von der Verwaltung möchte sie wissen, ob das Unternehmen bestimmte baurechtliche Ansprüche auf Vergrößerung seines Firmengeländes geltend machen könne.

SE Frenzel ist ebenfalls der Ansicht, für die verkehrlichen Problematiken sei der Verkehrsausschuss das zuständige Gremium. Doch nach seiner (laienhaften) Vorstellung sei die Verkehrsbelastung geringer, wenn ein großes Lieferfahrzeug die innerstädtische Zentrale anfähre und erst von dort die kleineren Paketwagen ausströmten als wenn dies schon von der Autobahn und damit durch das gesamte Stadtgebiet erfolge. Insofern plädiere er dafür, die Vorlage heute ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und erst bei Rücklauf der Vorlage über die weitere Nutzung des Areals zu entscheiden.

RM Sterck schließt sich den Ansichten seines Vorredners an. Je innerstädtischer der Standort für ein Logistikunternehmen sei, desto weniger betrage die verkehrliche Belastung. Daher halte er den gewerblichen Standort an der Oskar-Jäger-Straße für einen guten Kompromiss zwischen wertvollen und nicht zur Verfügung stehenden Innenstadtbereichen und den Randbezirken.

Vorsitzender Klipper bekräftigt noch einmal seine Aussage, dass innerstädtische Flächen zu wertvoll für die Ansiedlung von Logistikunternehmen seien und auch in anderen Städten der Trend dahin gehe, derartige Unternehmen an den Stadtrand anzusiedeln.

RM Noack ist der Ansicht, man dürfe nicht nur das Unternehmen DHL in die Betrachtung einbeziehen; schließlich gebe es noch weitere Logistikunternehmen, die wie schon von seinen Vorrednern erwähnt, weiter expandieren würden. Daher halte er es für unabdingbar, dass die Verwaltung ein Logistikkonzept erarbeite, bevor in der Sache weiter entschieden werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper den Verweissungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Ehrenfeld, den Verkehrsausschuss und in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 65479/04
Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen
1844/2013**

und

**1.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes - Arbeitstitel:
Am Botanischen Garten in Köln-Riehl
Beantwortung der Anfrage des RM Sterck aus der 28. Sitzung des Stadt-
entwicklungsausschusses vom 11.06.2012 betreffend TOP 10.2 -
2091/2013**

RM Sterck richtet seinen Dank an die Verwaltung für die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung. Allerdings gehe aus dieser nicht hervor, wie die Verwaltung künftig verfahren wolle, bzw. ob sie gedenke, alle „grünen Flecken“ (Anlage zu TOP 1.2) über die Aufstellung von Bebauungsplänen abzarbeiten.

SE Beste erinnert in diesem Zusammenhang an seine mündliche Anfrage zur Sitzung am 13.09.2012 bezüglich der Sicherung von Vorgärten im Stadtteil Klettenberg. Er habe wissen wollen, ob über Fluchtlinienpläne verhindert werden könne, dass Vorgärten in Stellplätze umgewandelt würden.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter des Stadtplanungsamtes) antwortet auf die Frage des Herrn Sterck, dass in der Tat vorgesehen sei, die Thematik über die Aufstellung von Bebauungsplänen in den Griff zu bekommen. Die in der Darstellung aufgezeigten anderen Flächen seien aber noch nicht in der Tiefe untersucht worden. Daher könne man dort noch keinen akuten Handlungsbedarf annehmen. Die Abarbeitung erfolge im Rahmen der vorhandenen personellen Kapazitäten. Zur Frage des Herrn Beste führt Herr von Wolff weiter aus, dass im Stadtteil Klettenberg Fluchtlinienpläne existieren und die in Rede stehenden Flächen klar als Vorgärten und eben nicht als Stellplätze definiert seien. Demnach sei die Rechtslage klar, problematisch sei aber der Vollzug, denn die Anlage eines Stellplatzes bis zu einer Größe von 100 qm sei genehmigungsfrei. Insofern sei eigentlich eine regelmäßige Kontrolle durch die Mitarbeiter der Bauaufsicht erforderlich. Aber auch dort gebe es zu wenig Personal um diese Aufgabe bewältigen zu können.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 65479/04 mit gestalterischen Festsetzungen für die Grundstücke beidseits der Nievenheimer Straße zwischen Escher Straße und Geldernstraße in Köln-Bilderstöckchen —Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Nippes ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02
Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz
1204/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 75395/02 für das Gebiet zwischen der Siemensstraße, der Ohmstraße, der Wattstraße und einem Bereich östlich der Planckstraße in Köln-Porz —Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 75395/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04
Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf
1349/2013**

RM Sterck geht auf die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ein, denn hierzu habe es viele Schreiben aus der Bevölkerung gegeben. Er habe sich die Situation vor Ort angeschaut und so wie es jetzt vorgesehen sei, nämlich die Erschließung auch über den Gertrudenhofweg vorzunehmen, sei so nicht gewollt gewesen. Zwar sei die Rede davon gewesen, den Gertrudenhofweg in die Betrachtung einzubeziehen, jedoch eigne dieser sich seiner Ansicht nach wegen seiner recht geringen Breite lediglich als Erschließung für den Radverkehr und für die Fußgänger. Und damit dieser nicht trotzdem vom motorisierten Verkehr genutzt werde —schließlich handele es sich um die kürzeste Strecke hinaus aus diesem Wohngebiet— müsste der Gertrudenhof-

weg durch Poller oder Ähnlichem gesichert werden. Die Bezirksvertretung Lindenthal sehe dies ähnlich, jedoch sei der dort gefasste Beschlusstext seinem Befinden nach zu unkonkret. Er stelle daher folgenden Änderungsantrag:

„ Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass alleine die Willi-Lauf-Allee als Verkehrerschließung durch geeignete bauliche Maßnahmen genutzt wird.“

RM Moritz zeigt offen ihre Enttäuschung über den Fortgang des Projektes, denn all die vielen Wünsche und Anregungen aus den vorherigen Debatten seien von der Verwaltung nicht aufgegriffen worden. So sei beispielsweise eine Mischung der Wohnangebote für unterschiedliche Preisgruppen sowie die Weiterverfolgung der Variante D mehrheitlich im Ausschuss gewollt gewesen. Nunmehr habe man es mit einem völlig uniformen Plangebiet zu tun. Lediglich die Platzierung der Kindertagesstätte und der hier formulierte Wunsch, die Erschließung über mehr als nur eine Achse vorzunehmen, hätten Einfluss in die Verwaltungsvorlage gefunden. An Herrn Sterck gerichtet erinnere sie daran, dass man sich durch mehr als nur eine Erschließungsstraße eine gleichmäßigere Verteilung des Ziel- und Quellverkehrs erhofft habe. Zu Fragen, ob der Querschnitt des Gertrudenhofweges ausreiche oder nicht, müsse sie sich auf die fachlichen Aussagen der Verwaltung verlassen. Zusammenfassend gebe sie bekannt, dass ihre Fraktion das Projekt nicht aufhalten wolle und der Vorlage in Form des Beschlussvorschlages der Bezirksvertretung Lindenthal zustimme, auch wenn sie das Plankonzept insgesamt als schlecht bewerte.

SE Frenzel geht ebenfalls auf die Thematik der verkehrlichen Erschließung ein. Es liege in der Natur der Sache, dass die Anwohner der betreffenden Straßen die Erschließung an anderer Stelle wünschten. Einige Anwohner stellten sich auch die Frage, weshalb der Donauweg als mögliche Erschließungsfrage nicht berücksichtigt worden sei. Soweit er sich erinnere, liege der Grund darin, dass es sich teilweise um private Flächen handle und es deshalb aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, diesen als Erschließungsstraße heranzuziehen. Er bittet die Verwaltung um diesbezügliche Bestätigung. Grundsätzlich sei er aber schon der Auffassung, dass das Baugebiet über mehrere Straßen erschlossen werden sollte und seiner Ansicht nach habe die Verwaltung eine gute Lösung erarbeitet. Auch sei die Verwaltungsvorlage konform mit dem Beschluss aus der Bezirksvertretung, weil die Willi-Lauf-Allee schon alleine aufgrund ihrer Größe als prioritäre Erschließungsstraße fungieren werde. Er sei klar gegen eine komplette Schließung des Gertrudenhofweges. Allenfalls möge dieser als verkehrsberuhigte Zone oder Ähnliches ausgewiesen werden.

Beigeordneter Höing bestätigt die Aussagen des Herrn Frenzel sowohl in Bezug auf die Aussagen zum Donauweg als auch zur prioritären Erschließung durch die Willi-Lauf-Allee.

Vorsitzender Klipper hat sich die Situation ebenfalls vor Ort angeschaut. Die Erschließungsfunktionen der Willi-Lauf-Allee und des Gertrudenhofweges seien seiner Ansicht nach nicht miteinander vergleichbar. Während es wegen der Enge im Gertrudenhofweg an einigen Stellen nicht möglich sei, dass zwei sich entgegenkommende Fahrzeuge passieren können, sei die Willi-Lauf-Allee wesentlich großzügiger ausgebaut. Auch handle es sich um ein Neubaugebiet mit „nur“ 42 Häusern und er sehe keine Probleme darin, den Verkehr über die Willi-Lauf-Allee abfließen zu lassen. Insofern werde er sich der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Lindenthal anschließen. Wichtig sei ihm aber auch, bereits heute perspektivisch verkehrliche Maßnahmen für den Bereich in der Verlängerung des Gertrudenhofweges zu entwickeln, beispielsweise durch die Ausweisung als Einbahnstraße, um hier eine Beruhigung des Verkehrs zu erzielen.

RM Sterck warnt noch einmal davor, den Gertrudenhofweg als Erschließungsstraße einzubeziehen. Wenn man einen größeren Straßenausschnitt betrachte werde deutlich, dass dies die kürzeste Verbindung für alle wichtigen Verkehrswege Richtung Westen sei und dementsprechend werde der Gertrudenhofweg auch für den Schleichverkehr genutzt werden, egal ob er dafür geeignet sei oder nicht. Er plädiere daher eindringlich dafür, seinem anfangs formulierten Änderungsantrag oder zumindest der geänderten Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Lindenthal zuzustimmen.

SE Frenzel erinnert an seinen Vorschlag, den Gertrudenhofweg als verkehrsberuhigte Zone oder Ähnlichem auszuweisen. Seiner Ansicht nach würde dies die geschilderten negativen Folgen wirksam verhindern. Es dürfe nicht sein, dass zugunsten Einiger die gesamte verkehrliche Belastung auf die Willi-Lauf-Allee verlagert werde.

Vorsitzender Klipper vertraut insofern der Verwaltung, als dass sie den Beschluss aus der Bezirksvertretung Lindenthal auch umsetzen werde, womit eigentlich allen heutigen Rednern Rechnung getragen würde. Wichtig sei, dass das Projekt nun endlich auf den Weg gegeben und nicht weiter verzögert werde. Anschließend stellt er zuerst den mündlichen Änderungsantrag der FDP-Fraktion und anschließend den Beschluss aus der Bezirksvertretung Lindenthal mit der Anregung, eine verkehrliche Lösung für den Bereich in der Verlängerung des Gertrudenhofweges zu entwickeln, zur Abstimmung:

1. Beschluss: *(mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion)*

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden **ergänzten Beschluss** zu fassen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 für das Gebiet zwischen dem Stüttgerhofweg im Osten, der Willi-Lauf-Allee im Süden, dem Friedhof im Westen und der vorhandenen Bebauung im südlichen Abschnitt des Donauweges im Norden in Köln-Junkersdorf —Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 60439/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass alleine die Willi-Lauf-Allee als Verkehrerschließung durch geeignete bauliche Maßnahmen genutzt wird

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die FDP-Fraktion.

2. Beschluss: (analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Lindenthal und Anregung des Stadtentwicklungsausschusses)

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden **ergänzten Beschluss** zu fassen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 für das Gebiet zwischen dem Stüttgerhofweg im Osten, der Willi-Lauf-Allee im Süden, dem Friedhof im Westen und der vorhandenen Bebauung im südlichen Abschnitt des Donauweges im Norden in Köln-Junkersdorf —Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 60439/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass die Priorisierung der Willi-Lauf-Allee als Verkehrserschließung durch geeignete bauliche Maßnahmen sichergestellt wird.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, verkehrliche Maßnahmen für den Bereich in der Verlängerung des Gertrudenhofweges zu entwickeln, beispielsweise durch die Ausweisung als Einbahnstraße, mit dem Ziel einer Verkehrsberuhigung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05
Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf 1456/2013**

RM Moritz macht einleitend deutlich, dass in Gewerbegebieten dieser Art kein großflächiger Einzelhandel gewünscht sei. Nun seien aber in der Anlage 5, Seite 4, vorletzter Absatz, verdeckt und ohne Quadratmeterbeschränkung bestimmte Unternehmen von dem Ausschluss des Einzelhandels ausgenommen. Bedeute dies, dass große Unternehmen wie beispielsweise Autoteile Unger, sich dort ansiedeln dürfen? Sie möchte wissen, ob es bereits eine konkrete Ansiedlungsabsicht gebe. Denn schließlich sei weder im Stadtentwicklungsausschuss, noch in der Bezirksvertretung von einem großflächigen Einzelhandel die Rede gewesen.

Vorsitzender Klipper bekräftigt ebenfalls den Wunsch des Stadtentwicklungsausschusses, ausschließlich mittelständische Unternehmen dort anzusiedeln.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter des Stadtplanungsamtes) versichert, es gebe keine konkrete Ansiedlungsabsicht. Man habe nur nicht von vornherein Autohäuser oder Ähnliches ausschließen wollen. Und da es sich um ein städtisches Grundstück handle, sei man jederzeit in der Lage, ungewünschte, wie von Frau Moritz beschriebene Nutzungen, zu unterbinden.

RM Moritz hält es dann für sinnvoll, die Quadratmeterzahl für die Verkaufsflächen zu begrenzen.

Vorsitzender Klipper spricht sich gegen eine Beschränkung aus. Seiner Ansicht nach möge dies offen gehalten werden, zumal die Verwaltung es in der Hand habe, unerwünschte Nutzungen abzulehnen. Man solle aber die Freiheit belassen, unterschiedliche Entwicklungen zu ermöglichen.

Herr von Wolff erläutert, der drittletzte Absatz auf Seite 4 der Anlage 5 müsse in Zusammenhang mit dem vorletzten Absatz gesehen werden. Das heißt, es seien in der Regel keine Verkaufsflächen mit mehr als 100 qm zulässig. Dies sei jedoch für die genannten Betriebe unzureichend, weshalb die Ausnahme festgesetzt werden soll.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) sagt bis zur nächsten Ratssitzung eine Präzisierung zu.

Daraufhin stellt Vorsitzender Klipper die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 68360/05 für das Gebiet zwischen Claudiusstraße, Giesdorfer Allee, Kiesgrubenweg, Bundesautobahn (BAB)-Anschlussstelle Rodenkirchen, BAB 555 und der Grundstücksgrenze nördlich des Wendehammers der Lambertstraße in Köln-Immendorf —Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 68360/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 72439/06, 1. Änderung
Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung
4564/2012**

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 72439/06, 1. Änderung, mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen der südlichen Seite des Langendahlweges, der östlichen und der nördlichen Grenze der privaten Grünfläche nach Norden folgend, der westlichen Seite des Hardtgenbuscher Kirchweges, entlang der südlichen und östlichen Grenze der privaten Grünfläche und der südlichen und der östlichen Abgrenzung der Waldfläche nach Norden folgend, weiter an der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks 845 entlang, dann den rückwärtigen Grundstücksgrenzen nach Osten folgend bis zur Parzelle 905, der öffentlichen Verkehrsfläche und der öffentlichen Grünfläche auf der westlichen Seite nach Süden folgend bis zur rückwärtigen Grenze der Parzelle 619, dann weiter südlich entlang der nördlichen und südlichen Abgrenzungen der privaten Grünfläche bis zum Langendahlweg —Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) Infocenter/KITA 5. Änderung
1429/2013**

Die Vorlage wurde wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts endgültig zurückgezogen.

**13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die 6. Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark in Köln-Ossendorf/Mischgebiet südlich IKEA
1721/2013**

RM Moritz bittet um Erläuterung, warum Änderungen im Bereich der ausgewiesenen Grünfläche vorgesehen seien.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter des Stadtplanungsamtes) führt aus, der derzeit gültige Bebauungsplan setzte diese Fläche als Marktplatz fest. Wegen der nunmehr errichteten Wohnbebauung solle diese Fläche als Grünfläche ausgewiesen werden. Die konkrete Gestaltung werde aber erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

RM Moritz begrüßt die seinerzeit erstellte Freiraumplanung. Diese habe den richtigen Mix aus städtischen- und Grünrauminteressen hergestellt. Sie bittet bis zum Rücklauf dieser Vorlage, dem Stadtentwicklungsausschuss die damaligen Planunterlagen zur Verfügung zu stellen.

SE Frenzel führt aus, auch in seiner Fraktion gebe es einige Fragen, die bislang nicht beantwortet worden seien. Er wolle die Vorlage aber heute in die nachfolgenden Gremien verweisen –ohne Wiedervorlageverzicht- und bittet um ein ausführliches Protokoll über die Diskussion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Beigeordneter Höing erläutert, die von Frau Moritz angesprochenen Pläne lägen vor und derzeit prüfe die Verwaltung intensiv die mögliche Umsetzung und insbesondere die Finanzierung, welche sich als schwierig erweise.

Vorsitzender Klipper merkt ebenfalls kritisch an, dass von dem vor rund 10 Jahren durchgeführten Wettbewerb heute wenig übrig geblieben sei. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss und die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.4 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02
Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven
1778/2013**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. den Aufstellungsbeschluss vom 09.12.2010 betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02 —Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven– um das Gebiet eines Grundstückes am südlichen Lina-Bommer-Weg zwischen dem Teich und der Bahntrasse Köln - Marienheide zu erweitern;
2. den Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02 –Arbeitstitel: Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven, 2. Änderung– mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen. Das Gebiet des Änderungsentwurfs umfasst einen Bereich circa 40 m südlich der Bundesautobahn A 4 Köln - Olpe zwischen der Bahntrasse

Köln - Troisdorf und dem Josef-Linden-Weg sowie einen Bereich am südlichen Lina-Bommer-Weg zwischen Teich und der Bahntrasse Köln - Marienheide.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Wirtschaftsausschuss, der Ausschuss für Umwelt und Grün und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.5 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof
1806/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan 6250/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet westlich der Rita-Maiburg-Straße, nördlich der Bebauung an der Roald-Amundsen-Straße, östlich des bebauten Grundstücks an der KVB-Trasse und Verlängerung der Käthe-Paulus-Straße in Köln-Ossendorf —Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof— zu ändern;
2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04 nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.6 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nummer 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 1. Änderung
2224/2013**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

13.7 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 63459/05
Arbeitstitel: Melatengürtel/Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld, 2. Änderung Brücke Weinsbergstraße
2363/2013

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt den Bebauungsplan 63459/05 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwischen Weinsbergstraße, Oskar-Jäger-Straße und Ölstraße (Gemarkung Müngersdorf, Flur 68, Flurstücke 1649, 1581, 1582, 1584 teilweise) —Arbeitstitel: Melatengürtel/Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld, 2. Änderung Brücke Weinsbergstraße— zu ändern.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Beschluss BV Chorweiler - Umfrage "Image des Stadtbezirks Chorweiler"
1315/2013

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass der Beschluss der BV Chorweiler vom 28.02.2013 zur Durchführung einer Image-Umfrage nicht umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.2 Beschluss BV Porz - Aufstellung eines Bebauungsplanes Porz-City 2256/2013

und

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2013
AN/0957/2013**

SE Frenzel begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welcher im Vorfeld mit der CDU- und der FDP-Fraktion intensiv diskutiert und abgestimmt worden sei. Ziel des Antrages sei, möglichst viele Alternativen für die Neuordnung des Areals zu erhalten ohne im Vorfeld einzelne Optionen auszuschließen.

Vorsitzender Klipper und RM Sterck schließen sich den Ausführungen des Herrn Frenzel an.

Beigeordneter Höing dämpft ein wenig die Hoffnung, noch in diesem Jahr ein solch aufwendiges Verfahren durchzuführen zu können, da zunächst einmal die Finanzierung geklärt werden müsse und die Verwaltung noch diverse andere Projekte abzuarbeiten habe, wie beispielsweise das Verfahren für das Heliosgelände.

Vorsitzender Klipper stellt den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss: *(gem. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. dass der Beschluss der BV Porz vom 11.06.2013 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Friedrich-Ebert-Platzes umgesetzt wird.
2. nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das circa 1,8 ha große Grundstück, Gemarkung Porz, Flur 2, östlich der Hauptstraße, nördlich der Bahnhofsstraße, westlich der Josefstraße und südlich der Wilhelmstraße - Arbeitstitel: "Friedrich-Ebert-Platz" in Köln-Porz - aufzustellen mit dem Ziel, das Umfeld des ehemaligen Hertie-Gebäudes städtebaulich neu zu ordnen.
3. **Ein städtebauliches Gutachterverfahren unter Beteiligung von mindestens 7 Büros zur Erstellung eines Entwurfes ist spätestens bis zum 4. Quartal 2013 vorzubereiten. Bei der Auslobung sind mindestens folgende Kriterien zu berücksichtigen:**
 - Sicherstellung der Durchwegung von der Hermannstraße zum Rhein,
 - Anpassung der Höhenentwicklung an die Umgebung und
 - Durchmischung der Nutzungen.

Die Anlagen 4 und 5 sind nicht Teil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

**17.1 Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses
1780/2013**

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**17.2 Maßnahmen für die Kunst im öffentlichen Raum
1983/2013**

Vorsitzender Klipper gibt klar zum Ausdruck, dass er für eine Entfernung der Kreuzblume sei.

**17.3 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2012
2180/2013**

Vorsitzender Klipper fragt an, ob die Quartiersgarage in Kalk einen Merkposten darstelle. Ferner fragt es nach dem Grund für die überwiegende Verwendung der Stellplatzablösemittel für den Radverkehr.

**17.4 Belegrechtsvertrag mit der GAG - Wohnungsversorgung von benachteiligten Haushalten
2150/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung
Erste Ergebnisse
2305/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.6 Vierte Sitzung des Logistikforums Köln
2292/2013**

Vorsitzender Klipper bittet darum, die Mitteilung zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

18 Mündliche Anfragen

18.1 – Mündliche Anfrage von RM Moritz zur Sanierung des Rheinufers

RM Moritz fragt nach, wann die Flaniermeile zwischen Malakoffturm und Deutzer Brücke wieder hergerichtet werde. Die Planungen lägen längst vor und es sei nicht nachvollziehbar, warum die Arbeiten nicht in Angriff genommen würden. Sie bittet um einen detaillierten Sachstandsbericht.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Karl-Jürgen Klipper
Vorsitzender

gez. Marianne Michels
Schriftführerin